

VERANSTALTUNG DER INITIATIVGRUPPE 40 JAHRE RADIKALENERLASS

70 Jahre Angriffe auf demokratische Rechte und Freiheiten



Foto: Klaus Lipps

Veranstaltung der Initiativegruppe 40 Jahre Radikalenerlass im Stuttgarter Theaterhaus

Bei den Feiern zum „70 Jahre Grundgesetz“ wurden meist die Verdienste um den Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben. Dass es immer auch eine andere Seite gegeben hat, damit hat sich die „Initiativegruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ in einer Veranstaltung Mitte Mai im Stuttgarter Theaterhaus beschäftigt. Folgerichtig lautete der Titel: „70 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – das sind auch 70 Jahre Angriffe auf demokratische Rechte und Freiheiten“.

Brigitte Lösch (Grüne) skizzierte vor allem die Bemühungen der „Initiativegruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ seit 2012, die Geschichte der Berufsverbote aufzuarbeiten. Bis heute würden die zu Unrecht als „Verfassungsfeinde“ Gebrandmarkten auf eine Entschuldigung, ihre Rehabilitation und auf eine materielle Entschädigung zumindest

für unverschuldet in Altersarmut lebende Betroffene warten. Lösch erwähnte damit die drei wichtigsten Forderungen, die auch die Initiativegruppe seit Jahren stellt. Lothar Letsche, Mitglied der Initiativegruppe, erläuterte sie:

- eine Entschuldigung der politisch Verantwortlichen für das den Betroffenen und ihren Familien zugefügte Unrecht,
- die politische Rehabilitation der Betroffenen und
- eine materielle Entschädigung.

Letsche stellte den Neuen Heinrich-Heine-Fonds vor, der mit Spenden einige Betroffene unterstützt. „Das ist aber kein Ersatz für die geforderte Entschädigung durch den Staat“, sagt er. Letsche schilderte die Arbeit der Initiativegruppe, die ebenfalls durch Spenden ermöglicht wird. Der Landesvorsitzende des DGB, Martin Kunzmann, äußerte sein Unverständnis

über die Untätigkeit der Landesregierung gegenüber den Forderungen der Betroffenen und kündigte eine gemeinsame Veranstaltung von GEW, DGB und Verdi zum Thema Berufsverbote an.

Als Vertreterin der GEW sprach die stellvertretende Landesvorsitzende Petra Kilian darüber, wie sich die Haltung der GEW gegenüber den betroffenen Kolleginnen und Kollegen geändert habe: Von Gewerkschaftsausschlüssen zur praktischen solidarischen Aufarbeitung des Themas in der GEW heute.

Martin Kutscha, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, referierte über „Das missbrauchte Grundgesetz“. Er beschrieb den antitotalitären Charakter des Grundgesetzes anhand von drei Wesensmerkmalen: Ablehnung von Krieg als Mittel zur Konfliktbewältigung (Art. 26), Hervorhebung der Grundrechte und Haltung zur Wirtschaft: Eigentumsbindung (Art. 14,2 und 15) im Geist. In der Politik der Berufsverbote und der Tätigkeit des sogenannten Verfassungsschutzes sieht er eine weitgehende Abkehr von ursprünglichen Prinzipien des Grundgesetzes. ▮

Klaus und Tina Lipps

GEW sucht

GEW-Mitglieder, die bei Kommunalwahlen gewählt wurden

Wir bauen bei der GEW wieder einen Verteiler auf, mit dem wir GEW-Mitglieder, die in Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage gewählt wurden, im Laufe der Wahlperiode immer mal wieder mit relevanten

Informationen versorgen wollen. Betroffene bitte bei uns melden.

Teilt uns bitte auch mit, welche GEW-Mitglieder aus eurem Umfeld beziehungsweise GEW-Kreis gewählt wurden. Ihr

könnt uns auch gerne die Zeitungsausschnitte dieser Tage schicken, in denen die Ergebnisse abgedruckt sind.

Schickt eure Antworten bitte an:
info@gew-bw.de